

Wenn sich alles auf das „Palästina-Problem“ zuspitzt, geraten wichtige Errungenschaften im Nahen und Mittleren Osten in Gefahr. Auch der Westen sollte diese Errungenschaften nicht geringschätzen. (Essay-Serie „Die Staatenwelt im Nahen und Mittleren Osten“, Teil I)

Die Staaten der islamischen Welt haben viel zu verlieren

Gerd Held, 30. November 2023

Die Trauer über das Leid auf beiden Seiten der Kämpfe in Gaza ist aufrichtig. Diese schlimmen Wochen hat niemand herbeigesehnt. Aber diese Trauer ist keine sichere Position gegen Vernichtungskriege. Aus ihr kann keine gegenseitige Anerkennung des Daseins von Völkern und Staaten hervorgehen. Ein „Gleichgewicht des Leids“ kann keine sicheren Existenzrechte begründen. Nur eine pluralistische Welt souveräner, territorial begrenzter Staaten kann sie bieten. Aus dieser Erkenntnis erwächst die Aufgabe, den Blick etwas zu weiten und ihn auf die Gesamtheit der Länder des Nahen und Mittleren Ostens zu richten. Das soll nicht getan werden, um irgendeinen größeren Gesamt-Schuldigen zu suchen, sondern um sich an die Fortschritte zu erinnern, die in vielen Ländern dieser Weltregion in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gemacht wurden. Eine Fixierung auf die „Palästina-Frage“ würde diese Fortschritte gefährden. Es würde zu einer dramatischen Verengung kommen – zu einem politischen Kurzschluss, der die Entwicklungsanstrengungen in dieser Region entwertet und zunichte macht.

Eine direkte Friedenslösung für die „Palästina-Frage“ ist nicht in Sicht. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge würde jeder „Frieden“ für den gar nicht klar abgrenzbaren Raum „Palästina“ in sich schon den Keim neuer Kämpfe tragen. Das gilt auch für die oft beschworene „Zwei-Staaten-Lösung“. Nur in Anlehnung an einen größeren Umkreis von Staaten im Nahen und Mittleren Osten, könnte ein endloser Verdrängungskampf vermieden werden.

Daraus folgt: Für einen längeren geschichtlichen Zeitabschnitt muss die Weiterentwicklung der schon bestehenden Staaten im Vordergrund stehen. Das gilt für die Länder mit islamischer Geschichte und Prägung, und es gilt auch für Israel. Gegen die Hamas führt Israel einen gerechten Verteidigungskrieg, bei dem es um seine Existenz geht. Und da steht es gar nicht so allein, wie es scheint. Welcher Nachbarstaat kann wirklich ein Interesse an einer solchen Staatsvernichtung durch extremistische Kräfte haben? Diese Vernichtung könnte sehr leicht eine Massenbewegung auslösen, die auch Staaten des islamischen Kulturkreises in den Abgrund reißen würde. Die Kräfte, die bisher die Stabilität und die Entwicklung ihrer Länder vertreten haben, stünden dann auf verlorenem Posten. Eine solche Wendung der Dinge ist also keineswegs in ihrem Interesse. Sie haben viel zu verlieren.

Die Bedeutung der Staatsbildung

Um das zu verstehen, muss man freilich die Aufgabe der Staatenbildung besser verstehen. Und man müsste die Aufbauleistungen und Fortschritte, die es auf allen Seiten tatsächlich gibt, hervorheben. Gegenwärtig steht eher das Leiden im Vordergrund. In der massenmedialen

Weltöffentlichkeit stehen sich die Konfliktparteien nur als Betroffene gegenüber. Die internationale Diplomatie scheint sich nur um die Begrenzung des Leidens auf beiden Seiten zu drehen. Aber stabile Existenzrechte können nicht einfach auf „die Menschen“ bezogen sein, sondern müssen sich auf souveräne, verantwortungsfähige Staaten gründen.

Die Entwicklung einer Staatenwelt im Nahen und Mittleren Osten

Das führt einerseits dazu, die Aufbauleistung des Staates Israel als ein bewundernswertes Beispiel und Vorbild für die Entwicklung in dieser Weltregion mit ihren harten Bedingungen und Knappheiten anzuerkennen. Und nicht so zu tun, als wäre Israel nicht mehr als ein Gebilde, das von der Unterdrückung und Ausbeutung anderer Menschen lebt („Apartheid“). Die „antikoloniale“ Hassrede, die die gesamte Geschichte der Neuzeit in eine Zerstörungs- und Totschlagslegende umschreiben will, versucht gegenwärtig, an Israel ein Exempel zu statuieren, und hier einen „Weltfeind“ aufzubauen. Und das findet durchaus einen Widerhall. Das zeigt die durchaus breite Zustimmung, die eine UN-Resolution zur Nahost-Krise gefunden hat, die den Vernichtungsangriff der Hamas auf Israel nicht einmal erwähnt. Doch das ist nur die eine Seite des Problems.

Auf der anderen Seite geht es auch darum, die Aufbauleistungen und Fortschritte der verschiedenen Länder des islamischen Kulturkreises im Nahen und Mittleren Osten anzuerkennen. Wer die Gesamtgeschichte dieser Region im 20. Jahrhundert betrachtet, kann nicht umhin, diese Leistungen und Fortschritte anzuerkennen. Und anzuerkennen, dass sie im Rahmen einer schrittweisen Ausbildung eines Pluralismus von unabhängigen Staaten geschahen. Das bedeutet, dass sie eine eigene Leistung darstellen und nicht nur eine das Vorbild des Westens nachahmende und von ihm abhängige Entwicklung war. Zur Begründung von Existenzrechten im Nahen und Mittleren Osten muss man daher all denen widersprechen, für die „arabisch“ und „Islam“ von vornherein nur etwas Minderwertiges oder gar Böses bedeutet. Die Länder und Menschen dieser Region haben schon gezeigt, dass sie sehr wohl zu umsichtigen Entscheidungen und guten Entwicklungen fähig sind.

Die arabisch-islamische Welt am Scheideweg

Es ist noch gar nicht so lange her, dass verschiedene arabische Staaten ihren Frieden mit Israel machten und es zu Kooperationen im gemeinsamen Interesse kam. Die Palästina-Frage war nicht gelöst (und sie ist auf absehbare Zeit wohl auch nicht lösbar), aber die Bedeutung dieser Frage schien sich relativiert zu haben. Sie hinderte die verschiedenen Staaten nicht mehr daran, ihre eigenen Entwicklungsinteressen zu verfolgen. Lange Zeit hatte das Feindbild Israel vielen Regierungen im Nahen Osten als Alibi gedient, um von der wirtschaftlichen Stagnation und von der Erstarrung der Machtverhältnisse im eigenen Land abzulenken. Aber das hatte sich in den letzten Jahren geändert. Das lag auch daran, dass sich der Fokus der Regierenden auf die eigene Entwicklung ihrer Länder verschoben hatte. Man suchte neue wirtschaftliche und kulturelle Betätigungsfelder, insbesondere auch in den stark vom Erdöl-Export abhängigen Ländern (Qatar, Saudi-Arabien). Andere Länder wie Marokko oder die Türkei machten Fortschritte bei der Diversifizierung ihrer Industrie und der Stärkung ihrer Rolle im internationalen See- und Luftverkehr. Und es kam zu gewissen politischen Lockerungen und Öffnungen, auch bei den Rechten von Frauen im öffentlichen Leben.

Auch ein Blick in die Geschichte lohnt sich. In den ersten Jahrzehnten nach Erringung der Unabhängigkeit (bis in die 1970er Jahre) dominierte in vielen Ländern eine weltlich-sozialis-

tisch orientierte Führungsschicht. Erst als diese Führungsschicht angesichts nicht haltbarer Versprechungen ermüdete und ihre Glaubwürdigkeit verlor, gewann ein politischer Islam an Einfluss. Die Führung verlagerte sich vielerorts auf religiöse Parteibildungen und Regierungen – die Übernahme des Sozial- und Bildungswesens sowie des Kultur- und Medienbereichs, spielte dabei eine wichtige Rolle. Doch nun gibt es auch bei dieser engen religiösen Führung schon seit einigen Jahren Verschleißerscheinungen – das zeigen die oben erwähnten Lockerungen und Öffnungen und macht diese bedeutungsvoll.

Es wäre aber ganz falsch, hier von einer neuen „Aufbruchstimmung“ zu sprechen, dazu sind die inneren Ressourcen der Länder zu knapp und der wirtschaftliche Druck von außen zu groß – zum Beispiel stehen die typischen Leichtindustrien des Mittelmeerraums unter dem ostasiatischen Konkurrenzdruck. Vor allem gibt es den immensen Druck durch das starke Bevölkerungswachstum. Vor dem harten Hintergrund dieser Knappheit bekommen kleine Fragmente von Arbeit und öffentlichem Leben – als kleinen Freiheiten des Alltags – einen neuen Wert. Und gleichzeitig bleibt der Islam stark. Er wird als Unterpfand für die Eigenständigkeit der Länder und für die Würde ihrer Bürger verstanden. So sollte die Situation der Länder vorsichtig als Situation „zwischen Fortschritt und Krise“ beschrieben werden. Aber das ist eine Situation, in der die Menschen der arabisch-islamischen Welt jetzt durchaus etwas zu verlieren haben.

Die Situation im Gazastreifen ist ein Sonderfall

Über die Situation im Gaza-Streifen kann vieles gesagt werden. Sicher ist es richtig, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht mit der Hamas und auch nicht mit den lauten Demonstrationen auf der Straße gleichgesetzt werden darf. Aber die Situation in den Gebieten, die den arabischen Palästinensern zur Selbstregierung überlassen wurden, dürfen auch nicht mit der Situation der anderen arabischen Länder gleichgesetzt werden. Im Gaza-Streifen ist nicht einmal in Ansätzen ein Entwicklungsmodell erkennbar, das auf die eigenen Kräfte baut. Das Gebiet ist extrem von der Zufuhr von außen abhängig: von Geld, von Nahrungsmitteln, von Fahrzeugen und Maschinen, von Fachleuten. Das Gebiet wurde wie ein Lager regiert. Hier entsteht tagtäglich der Eindruck, die arabischen Palästinenser hätten nichts zu verlieren, und das ist ein Nährboden für den Extremismus. Wie könnte Israel diesen Nährboden auflösen, ohne sich selbst abzuschaffen? Ist die so oft beschworene „Zwei-Staaten-Lösung“ wirklich tragfähig oder nur ein Formelkompromiss? Redlicherweise muss zugegeben werden, dass eine definitive Lösung des Palästina-Problems nicht in Sicht ist. Deshalb wäre es ganz falsch, jetzt alles auf eine solche Lösung zu setzen. Auch die arabisch-islamischen Länder können ihre eigene Entwicklung nicht an eine solche Lösung der Palästina-Frage binden.

Staat und Territorium

Auf den ersten Blick erscheint die 2-Staaten-Lösung für das „Palästina-Problem“ einfach und naheliegend. Es ist eine eingängige Formel, die Gerechtigkeit für beide Seiten suggeriert. Aber sie stellt eigentlich gar nicht die für ein Staatswesen grundlegende Frage: Ist das Staatswesen in seiner Anlage tragfähig? Kann es die Existenzrechte einer ganzen Gesellschaft schützen und materiell füllen? Es muss nicht autark sein, sondern kann Außenhandel treiben und Bündnisse schließen. Um sich selbst behaupten zu können, muss es ausreichend Mittel haben, um sie im Austausch einbringen zu können. Falls dies nicht der Fall ist, wäre ein solcher Staat ständig darauf angewiesen, von äußeren oder höheren Mächten versorgt und be-

schützt zu werden? Er wäre auf Gedeih und Verderb auf fremde Entscheidungen angewiesen. Er wäre ein bloßes Protektorat. Das ist der große Vorbehalt, der gegen eine 2-Staaten-Lösung besteht: Dieser Raum ist zu eng, um zwei tragfähige, souveräne Staaten zu tragen. Ein Nebeneinander von zwei Staaten würde zu immer wieder neuen Existenzkrisen auf der einen oder anderen Seite führen. Und damit wäre der Keim zu neuen Verdrängungskriegen gelegt. An dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass es auch anderswo im Nahen und Mittleren Osten ähnliche Probleme gibt: wo Staaten in einzelne Teilgebiete zerfallen und es separatistische Tendenzen gibt. Man denke an den Irak, Libyen und Syrien. In einigen Ländern gibt es Bevölkerungs-Enklaven, die den Staat, in dem sie wohnen, gar nicht als ihren Staat ansehen (Libanon). Es gibt in den Großstädten mancher Länder eine große, entwurzelte, jüngere Generation, die zu „ihrem“ Staatswesen eine sehr geringe Bindung haben. Sie haben vor einigen Jahren im sogenannten „arabischen Frühling“ manche Länder an den Rand einer Staatskrise gebracht. Ein Teil ist auch für einen islamischen Extremismus empfänglich. Angesichts dieser Lage ist die territoriale Integrität der bestehenden Staaten im Nahen und Mittleren Osten ein kostbares Gut. Sie darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, sondern muss entschieden verteidigt werden. Leider haben das westliche Staaten in der jüngeren Vergangenheit nicht getan, sondern sich berufen gefühlt, in einzelnen Ländern politisch und militärisch zu intervenieren – zum „Tyrannensturz“ gegen die etablierten Regierungen. Um die Folgen ihres Tuns haben sie sich nicht gekümmert, und damit mancherorts (siehe Libyen) nur den Zerfall des territorialen Zusammenhalts befördert. In anderen Ländern (siehe Ägypten) sind sie glücklicherweise nicht zum Zuge gekommen.

Wie die Massenmigration die Länder des Nahen Ostens gefährdet

In der gegenwärtigen Krise fällt auf, wie restriktiv ein Land wie Ägypten mit der Ausreise von Bewohnern des Gazastreifens umgeht, und wie es mit aller Härte eine Massenimmigration auf ägyptisches Territorium verhindert. Ägypten weiß um die destabilisierende Wirkung, die eine solche Fluchtbevölkerung auf seine innere Lage ausüben kann. In Syrien und dem Libanon kann man sehen, wie sich eine solche Bevölkerung als politische und militärische Macht im Lande konstituiert und zum Instrument fremder Mächte (wie dem Iran) werden. Und noch etwas ist wichtig an der Haltung Ägyptens: Bei aller Härte hütet sich Ägypten davor, gegen die Migranten vordergründig zu polemisieren und sie moralisch zu verdammen. Das geschieht nicht aus Angst vor Eskalation, sondern aus Einsicht in die schwierigen Bedingungen, unter den die Menschen im Gazastreifen leben müssen. Ägypten erkennt diesen Ernst der Lage an und fühlt diesen Ernst mit, aber es sagt trotzdem „Nein“. Dies „Nein“ ist nicht willkürlich und „autoritär“, sondern reflektiert reale Gefahren. Das hat allgemeinere Gründe, die für den gesamten Nahen Osten und die Südanrainer des Mittelmeeres gelten. Dort sieht man sich einer jungen Überbevölkerung gegenüber, die sich sehr leicht in eine entwurzelte, nomadisierende, bindungslose, gewaltbereite Überbevölkerung verwandeln kann. Der Autor dieser Zeilen erinnert sich an eine Marokko-Reise im Herbst 2013, bei der unserer Reiseführer, der aus einem Provinzort im Süden des Landes stammte, uns die großen Bemühungen der Regierung schilderte, die junge Bevölkerung in den kleinen und mittleren Provinzstädten zu halten. Es geht also nicht nur um eine Massenimmigration von Fremden, sondern um eine Binnenmigration – eine Landflucht in die Städte, die die Städte in wahre Heerlager einer demographischen Reservearmee verwandeln. Und diese junge Überbevölkerung ist dann für alle möglichen Ideologien empfänglich, die sie als Opfer der Weltgeschichte darstellen und ihnen ein Recht auf Rache zusprechen. Die Länder des Nahen Ostens müssen also aus eigener Erfah-

rung und aus eigener Selbsterhaltung zum Palästina-Extremismus auf Distanz gehen. Denn ein ähnlich-bindungslose Extremismus wächst, in der ein oder anderen Form, auch in diesen Ländern und bedroht ihre wirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Errungenschaften.

Die Fortschritte arabisch-islamischer Länder

Gerade jetzt wäre es wichtig, von den Errungenschaften und Fähigkeiten der arabisch-islamischen Welt zu sprechen. Aber wer in der westlichen Politik und Öffentlichkeit tut das? Dazu müsste man ja anerkennen, dass es grundlegende Errungenschaften überhaupt gibt. Man müsste sie auch in den Punkten anerkennen, wo sie nicht dem westlichen Weg in die Moderne entsprechen. Die Anerkennung muss also auch die Entwicklungspfade anerkennen, die aus den eigenen Traditionen der verschiedenen Länder hervorgehen. Eine Außenpolitik, die ihren Namen verdient, darf sich nicht bloß irgendwelche Rosinen westlicher Werte aus der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesamtheit eines arabisch-islamischen Landes herauspicken, sondern muss die Souveränität dieser Gesamtheit anerkennen. Die jetzige Krise ist der Moment, wo dies Bewerten und Hineinregieren gegenüber der arabisch-islamischen Welt ausdrücklich zurückgenommen werden sollte. Gerade jetzt käme es darauf an, die Länder der Region mit ihren spezifischen Bedingungen zu betrachten und zu verstehen.

Außenpolitik oder „Weltinnenpolitik“?

Die sogenannte „wertegeleitete“ Außenpolitik neigt immer dazu, in andere Länder hineinzu-regieren. Sie ist im Grunde eine „Weltinnenpolitik“ und gar keine Außenpolitik – deren Eigenart ja darin bestehen muss, auch mit genuin anderen Ländern und Staaten zu verkehren und einen Modus vivendi zu finden.

Bloß kein „Kulturkampf“ gegen die arabisch-islamische Welt

Angesichts des Vernichtungs-Terrors gegen Israel mag mancher dazu neigen, die Auseinandersetzung zu „vertiefen“, indem man den Terror und den anschließenden Jubel darüber auf generelle „Ursachen“ zurückführt - auf eine ethnische Ursache („die Araber“) oder auf eine religiöse Ursache („der Islam“). Aber das schwächt den Kampf gegen den Terror, weil man ihn zu einem globalen Kulturkampf ausweitet. So werden alle Staaten und Gesellschaften der Region aufgrund einer ethnischen, religiösen, kulturellen „Identität“ als Feind markiert. Ein angeblich in sich ewig gleicher „arabisch-islamischer Kulturkreis“ wird zum Erbfeind des Westens erklärt, und wir stecken fest in einer weltweiten Konfrontation der Kulturkreise im Sinne von Huntingtons „Clash of Civilizations“.

Diese Steigerung ist gefährlich, und **sie ist auch unnötig**. Sie zerstört die bestehenden positiven Anknüpfungspunkte für eine friedliche Koexistenz in einer pluralistischen Staatenwelt. Sie will von den Realitäten im Nahen Osten nichts wissen. Man erinnert sich noch an den schändlichen Auftritt des deutschen Fußballs bei der WM in Qatar, wo man das Land wegen Ausbeutung und sexueller Unfreiheit an den Pranger stellen wollte. Funktionäre, Journalisten und Spieler verletzen grob das Gastrecht und den Sportsgeist der ersten Fußball-Weltmeisterschaft in dieser Region. Und der Vorsitzende des Deutschen Fußball Bundes fordert jetzt eine „europäische Koalition“ gegen die Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 2034 an Saudi-Arabien.

Nicht eine, sondern zwei Aufgaben

Die deutsche Außenpolitik muss in der gegenwärtigen Krise zwei Aufgaben im Blick haben. Es ist unbedingt wichtig, Israel in seinem Vorgehen gegen den Terror nachhaltig zu unterstützen. Hier darf es keine faulen Kompromisse geben, wie es die deutsche Stimmenthaltung in der oben erwähnten UN-Abstimmung war. Innenpolitisch muss der Schutz jüdischer Einrichtungen und Bürger wirklich durchgesetzt werden. Der Schutz darf nicht durch eine „neutrale“ Haltung der Behörden verwässert werden. Die deutsche Politik wird nicht daran gemessen werden, welche „Lehren“ aus der Vergangenheit sie verkündet, sondern daran, welche Taten die deutsche Staatsräson hier und jetzt zustande bringt.

Aber es gibt eine zweite Aufgabe. Die deutsche Politik muss dazu beitragen, dass die gegenwärtige Verengung auf die Palästina-Frage aufgebrochen wird. Es geht um die Einsicht, dass es im Nahen Osten Errungenschaften und Interessen gibt, die weiter führen als der Palästina-Konflikt. Dazu braucht Deutschland ein positives, konstruktives Verhältnis zu den Ländern der arabisch-islamischen Welt. Es muss der Verführung zu einem Kulturkampf widerstehen. Gegen die Masseneinwanderung aus dem Süden müssen endlich harte Grenzen gezogen werden, aber das darf nicht mit einer wertenden Einmischung in die inneren Verhältnisse der Staaten der Region verbunden werden. Wird die jetzige Politik des erhobenen moralischen Zeigefingers weiterverfolgt, wird auch die Erfüllung der ersten Aufgabe scheitern. Denn dann wird der Kampf gegen den Terror als Hegemonialkrieg des Westens gegen die islamische Welt erscheinen. Das wäre verheerend. Dagegen hilft nur eine positive Grundeinstellung zu dieser Welt. Und ein ausdrücklicher Abschied von der Außenpolitik des erhobenen Zeigefingers.

Aber kann man in unserer Zeit verlangen, zwei verschiedene Aufgaben zu bearbeiten, die nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind? Wo doch das heute dominierende Denken nur das „eine“ Gute und das „eine“ Böse wahrhaben will?



Die historische Entwicklung im Nahen und Mittleren Ostens zeigt einen Wandel von imperialen Reichen zu begrenzten Nationalstaaten.

Aber in der Region gibt es auch einen Irrglauben
an eine Wiederkehr alter Großraum-Mächte

(Essay-Serie „Die Staatenwelt im Nahen und Mittleren Osten“, Teil II)

Erdogans „osmanische“ Rede und Europas angebliche „Urschuld“

Gerd Held, 5. Dezember 2023

In der ersten Folge dieser Artikelserie wurde gezeigt, dass eine Fixierung der Politik auf eine definitive Lösung des Palästina-Konflikts den gesamten Nahen und Mittleren Osten in eine Konfrontation stürzen kann, dem die erreichten Fortschritte in dieser Region zum Opfer fallen würden. Diese Fortschritte beruhten auf einer Umorientierung: Die Länder konzentrierten sich stärker auf ihre Binnenentwicklung und ihre jeweiligen Eigeninteressen. Sie kamen zu bilateralen Absprachen und Kooperationen. Auch Israel hatte daran seinen Anteil. Aber es gibt auch fortdauernde große Probleme – vor allem ein Bevölkerungswachstum, mit dem der Aufbau von Industrie und Infrastrukturen nicht Schritt halten kann. So gibt es in der Region auch eine wachsende Neigung, auf eine Lösung „von höherer Hand“ zu setzen - auf die Macht von materiellen und spirituellen Hegemonen, die Schutz und Würde versprechen. Diese Neigung führt zu einer Entwertung der eigenständigen, oft zähen Binnenentwicklung im nationalstaatlichen Rahmen. Nur vor diesem Hintergrund ist verständlich, warum ein Staat wie die Türkei, der eine Zeit lang recht eng mit Israel zusammenarbeitete, inzwischen auf einem extremen Konfrontationskurs mit Israel ist.

Erdogans „osmanische“ Rede

Am 28.10.2023, dem Vorabend zur 100 Jahr-Feier des heutigen türkischen Staates, hat der türkische Präsident Erdogan auf einer Massenkundgebung in Istanbul eine Rede gehalten. Dort hat er nicht nur die Hamas als Organisation von „Freiheitskämpfern“ bezeichnet und Israel vorgeworfen, einen „Vernichtungsfeldzug“ gegen die Menschen in Gaza zu führen, sondern er hat auch einen weitgehenden Machtanspruch der Türkei erhoben. Im Rückbezug auf das Territorium des alten Osmanischen Reiches, erklärte er, dass „Gaza“ den Türken so nahe stünde wie „Adana“ (eine Stadt im Süden heutigen Türkei, unweit der syrischen Grenze): *„Manche Leute mögen Gaza als einen fernen Ort betrachten, der mit uns nichts zu tun hat. Aber vor hundert Jahren war für diese Nation Gaza nicht anders als Adana.“* Er stellte Israels militärische Antwort auf den Überfall der Hamas als Teil eines Komplotts des Westens dar, der sich auch gegen die Türkei richte: *„Unter der Oberfläche der von Israels Führung beschriebenen Konzepte wird man eine heimtückische Karte finden, die sich auf Territorien unseres Landes erstreckt.“* Erdogan behauptete, das Vorgehen Israels in Gaza sei eine Fortsetzung des „unvollendeten Plans“ westlicher Mächte, die die Türkei politisch, geographisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich zu zerstückeln. Das aber bedeutet im Umkehrschluss, dass Erdogan – 100 Jahre nach der Gründung der heutigen Türkei – wieder Machtansprüche stellt, die an die Ausdehnung des im ersten Weltkrieg untergegangenen Osmanischen Reiches anknüpfen. Erdogans Rede ist also eine Revisionsrede, die hinter dem republikanischen Umbau und territorialen Rückbau der modernen Türkei zurückgehen will – also hinter jene Türkei, die der Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk 1923 als seinen Erfolg angesehen hatte. Während Atatürk die begrenzte Territorialität als Voraussetzung für innere Reformen und gute Beziehungen zu den früheren Kriegsgegnern ansah, scheint Erdogan diese kluge Selbstbegrenzung nun als unnötige Nachgiebigkeit anzusehen. Er scheint auf die mobilisierende Kraft eines osmanischen Mythos zu setzen. Er rechnet offenbar damit, dass solche Ambitionen auch in den anderen Ländern des Nahen Ostens Widerhall finden. Und er setzt offenbar auch darauf, dass er die Europäer unter Druck setzen kann, wenn er ihnen wegen der Demontage des Osmanischen Reiches die Schuld an den heutigen Krisen im Nahen Osten zuweisen kann.

Europas Selbstanklage treibt seltsame Blüten

Wie aber sieht die europäische Antwort aus? Eigentlich sollte man erwarten, dass Europa der Wiederbelebung imperialer Großraum-Ideen durch Erdogan deutlich entgegentritt und die guten Gründe darlegt, die auch im Nahen Osten für eine moderne Ordnungsidee sprechen: für einen Pluralismus territorial begrenzter Nationalstaaten. Aber diese Erwartung täuscht. Das „postkoloniale“ Europa gibt sich schuldbewusst und sieht die eigene Schuld ausgerechnet darin, dass nach dem 1. Weltkrieg das Osmanische Reich zerlegt wurde, und die Türkei zu einem Nationalstaat wurde. In Deutschland konnte man Beiträge im öffentlich-rechtlichen Fernsehen sehen, die den Positionen der Erdogan-Rede sehr nahe kommen. Es geht um einen präzisen Punkt: um die zwischenstaatlichen Grenzen im Nahen Osten. Am 29. Oktober 2023 wurden aus Anlass des 100. Jahrestages der türkischen Republik im deutschen Fernsehsender „Phoenix“ (dem Politik-Sender der ARD) insgesamt vier Dokumentarfilme ausgestrahlt. Ein Film (von Gerhard Jelinek 2019 produziert) trägt den Titel „Blutige Linien – Die Grenzziehung von Sykes-Picot im Nahen Osten“. In der Ankündigung heißt es:

„Der Bürgerkrieg in Syrien, das grausame Schlachten des IS, die Fehden zwischen Sunniten und Schiiten im Irak: Der Nahe Osten ist ein Dauer-Brandherd der Welt. Gelegt wird das Feuer bereits während des ersten Weltkrieges, als England und Frankreich die Landkarten zwischen Damaskus und Bagdad im Handstreich neu zeichneten. Noch während der Erste Weltkrieg 1916 mit voller Härte tobt, ziehen der Engländer Sir Mark Sykes und der Francose Georges Picot neue Grenzlinien in den arabischen Sand. Den beiden Großmächten geht es vor allem darum, sich längerfristig Einfluss im Nahen Osten zu sichern...Die von Sykes und Picot gezogenen Grenzen werden letztlich zu den Wurzeln der späteren Katastrophe im Nahen Osten.“

Hier wird die neuere Geschichte des Nahen Osten als finstere Katastrophen-Geschichte erzählt. Und die Urschuld daran sollen die Europäer tragen – und zwar die Engländer und Franzosen, und nicht Deutschland und Österreich-Ungarn, die bekanntlich das Osmanische Reich bis zu seinem Untergang unterstützten. Und noch ein zweiter Film wurde an diesem 29.10.2023 ausgestrahlt. Sein Titel lautete „Der vergiftete Frieden – Das Ende der Osmanen“ (von Elias von Salomon 2021 produziert). Hier kann man in der Ankündigung folgende Sätze lesen:

„Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges stand neben dem Vertrag von Versailles auch ein anderer Ort für die Neuordnung der Welt: Sèvres, ein Pariser Vorort. Dort besiegelten die Siegermächte Frankreich, Großbritannien und die USA das Schicksal eines großen Imperiums: Das Osmanische Reich sollte für immer zerschlagen werden. Die Folgen sind bis heute unübersehbar: Der Nahe Osten brennt, wird von Krieg und Terror überzogen. Die Dokumentation zeigt die Fehler und ihre Auswirkungen auch hundert Jahre später auf.“

Wenn so ein Zusammenhang zwischen „Das Osmanische Reich sollte für immer zerschlagen werden“ (Ursache) und „Die Folgen sind bis heute unübersehbar“ (Folge) hergestellt wird, ist das eine sehr steile geschichtswissenschaftliche These. Sie wird von der Darstellung nirgendwo wirklich erhärtet. Die Konstruktion einer europäischen Urschuld besteht nur in ahnungsvollem Geraune.

Der Mythos von den „bösen Grenzen“

Der Kern des Schuldvorwurfs beruht auf der Grundidee der „bösen Grenzen“. Worin soll das Böse bestehen? Der Schuldvorwurf vermengt zwei sehr unterschiedliche Dinge. Einerseits wird der konkrete Verlauf der neuen Grenzziehungen angeklagt - weil der Verlauf manche ethnisch-kulturellen Zusammenhänge nicht respektiert. Andererseits wird überhaupt der

Rückbau des Osmanischen Reiches auf einen kleineren Territorialstaat zum Anklagepunkt. Hier besteht der Vorwurf darin, dass die neuen Grenzen engere Grenzen sind.

Einerseits wird also den Verantwortlichen bei den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg vorgeworfen, sie hätten hinsichtlich der Realitäten vor Ort weder Ahnung noch Respekt gehabt. Doch ein Kartenvergleich der heutigen Grenzen im Nahen Osten zeigt, dass sich die konkreten Grenzverläufe inzwischen erheblich verändert und verfeinert haben – im Zuge der fortschreitenden nationalen Unabhängigkeitsbewegungen im Laufe des 20. Jahrhunderts. Auch müsste hier angemerkt werden, dass die ethnischen Unterschiede prinzipiell nicht 1:1 in räumliche Grenzen übersetzt werden können: Entweder würde eine solche Übersetzung zu sehr komplizierten Linienverläufen mit allen möglichen Enklaven führen, oder sie würden gar nicht funktionieren, weil sich die ethnischen Zugehörigkeiten in ein und demselben Raum mischen. Dies Problem können die Territorialstaaten nur verringern, indem sie in der Regel nicht allzu große Territorien bilden (also das Problem einer „Überdehnung“ vermeiden), oder indem sie im Innern eine gewisse regionale oder lokale Selbstregierung gestatten (durch Subsidiarität und Föderalisierung).

Doch die These von den „bösen Grenzen“ will von dem räumlich-institutionellen Problem der Überdehnung nichts wissen, sondern erhebt einen Generalvorwurf gegen jeden Rückbau eines Reiches. Hier geht es der Kritik also um etwas prinzipiell Verwerfliches von Grenzziehungen. Demnach hätten die Europäer an die Stelle des Osmanischen Großreiches irgendwie „das Trennende“ (soll bedeuten „das Spaltende“) gesetzt, um dort nun zu herrschen. Damit begibt sich die Kritik auf das Gleis einer umfassenden Geschichtsrevision. Denn wenn die Auflösung des Osmanischen Reiches und der territoriale Rückbau der Türkei als „Wurzel der Katastrophen“ und bloßes Mittel zur Errichtung neuer Fremdherrschaft dargestellt wird, müsste man das auch vom zeitgleichen Ende des Habsburger Reiches oder – ein Jahrhundert vorher – vom Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und vom Ende des spanischen Weltreiches sagen. Mitten in Europa sind also Geisterfahrer der neuzeitlichen europäischen Geschichte unterwegs.

Wie das Osmanische Reich verklärt wird

Bereits im Jahre 2016, zum hundertsten Jahrestag des Sykes-Picot-Abkommens, erschienen in verschiedenen deutschen Zeitungen Artikel, die dieser Argumentation der „fatalen Folgen“ des territorialen Rückbaus des Osmanischen Reiches folgten. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschien am 15.5.2016 ein Artikel von Rainer Hermann unter dem Titel „Imperialer Federstrich – Wie die Großmächte keine neue Friedensordnung im Nahen und Mittleren Osten schufen“. Der Schlussabsatz zeigt exemplarisch die Verklärung, die heutzutage auf einmal wieder das osmanische Herrschaftssystem erfährt:

„Diese Gebiete waren unter osmanischer Herrschaft relativ friedlich gewesen. Die Osmanen hatten durch eine kleinteilige Aufteilung des Gebiets Konflikten vorgebeugt, die entstehen, wenn viele unterschiedliche Gruppen in einem Staat zusammenlebten. Zudem wurden die kleinen Einheiten effizienter verwaltet. Die Kolonialmächte hatten das nicht begriffen: Sie legten drei osmanische Provinzen zusammen und nannten das Gebilde dann Irak. Drei andere Provinzen hießen nun Syrien, ohne dass es solche Nationen gegeben hätte. Um diese künstlichen Gebilde zusammenzuhalten, bedurfte es erst der Kolonialstaaten, dann repressiver Diktaturen. Als diese wegfielen, stürzte die Region in Krieg und Chaos. Der Westen versucht zwar, die alte Ordnung in den hundert Jahre alten Grenzen zu retten. Eine neue, stabile Ordnung, die an Sykes-Picot anknüpfen könnte, zeichnet sich aber nicht ab.“

Entwicklungen, die der „postkoloniale“ Zeitraffer unterschlägt

Dem idyllischen Bild, das hier von den Provinzen unter osmanischer Herrschaft gezeichnet wird, wird in dem Artikel das Bild eines fatalen 20. Jahrhunderts gegenübergestellt, in dem der Nahe Osten als Gefangener einer Raumordnung dargestellt wird, die der europäische Kolonialismus vorgegeben haben soll. Ein erstaunlicher Zeitraffer ist in dieser „postkolonialen“ Geschichtsschreibung am Werk. Sie erzählt etwas von 1916 und macht dann einen großen Sprung in unsere Gegenwart: Was dazwischen geschah, erscheint als bloße Fußnote. Das ist eigentlich recht geringschätzig und lieblos gegenüber einer großen Region dieser Welt. Deshalb sollen hier einige Realitäten benannt werden, die im „postkolonialen“ Zeitraffer unterschlagen werden:

- Syrien wurde, zusammen mit dem Libanon, in den 1920er Jahren als Mandatsgebiet des Völkerbundes an Frankreich übertragen. 1946 wurde es unabhängig. Der Libanon erhielt 1926 seine Eigenstaatlichkeit und 1943 die volle Unabhängigkeit (Er war Gründungsmitglied der Vereinten Nationen). Der Irak wurde ab 1921 zum Königreich Irak, dann ab 1958 zur Republik. Zu einer Beherrschung durch Frankreich oder Großbritannien kam es also gar nicht.
- Es gab in den 1950er Jahren verschiedene Versuche grenzüberschreitender Zusammenschlüsse: Irak und Jordanien („Arabische Föderation“); Syrien und Ägypten („Vereinigte Arabische Republik“). Sie wurden nach kurzer Zeit wieder aufgelöst. Die Grenzen erwiesen sich als dauerhafter als der Panarabismus. Zugleich fand der verheerendste Krieg im Nahen Osten (der Iran-Irak-Krieg) an einer Grenze statt, die viel älter ist als die Sykes-Picot-Linie.
- Die heutigen Konflikte in der Region gehen meistens auf innere Bruchlinien zurück. Die drohende Gefahr ist der Zerfall der jungen Staaten. Wieso ein Rückgriff auf ein übergeordnetes, besonders ausgedehntes Großraum-Gebilde vor dem Zerfall besser schützen soll, ist nicht einzusehen.
- Alle Staaten des Nahen Ostens können im Jahrhundert-Rückblick erhebliche Fortschritte beim Bruttoinlandsprodukt aufweisen. Die Infrastrukturen von Verkehr, Wasserversorgung, Bildung und Gesundheit sind heute auf einem viel höheren Niveau. Aber die Bevölkerungsentwicklung lief noch schneller. Sie hat sich inzwischen von der Entwicklung der Wirtschaft und des Staatswesens entkoppelt. Die Bevölkerungszahlen von Syrien sind ein Beispiel: 1918: 1,5 Mio – 1938: 2,5 Mio – 1970: 6,3 Mio – 2010: 20,9 Mio. Diese Zahl erhöhte sich bis 2021 nur wenig (21,3 Millionen), was dem Bürgerkrieg und der Massenflucht zuzuschreiben ist. Für den Irak liegen mir folgende Zahlen vor: 1957: 6,7 Mio – 1977: 12,0 Mio – 1997: 22 Mio – 2010: 29,6 Mio. Hier sind die Zahlen von 2021 sehr stark gestiegen: 43,5 Mio. (2010).

Insgesamt spricht das alles nicht dafür, das gesamte Jahrhundert seit 1916 als Irrweg für den Nahen und Mittleren Osten zu werten. Es spricht – trotz einer ernsten Entwicklungskrise – durchaus dafür, die bestehenden Territorial-Staaten als souveräne und selbstverantwortliche Träger der Entwicklung zu stärken. Und damit die pluralistische Staaten-Welt im Nahen Osten weiter zu festigen.

Imperiale Großraum-Ordnung oder plurale Ordnung begrenzter Nationalstaaten?

Die Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens ist also keine ewige Wiederkehr imperialer Großräume, sondern es gibt eine Ordnungs-Alternative: Auf der einen Seite das Gesamtgebilde eines Reichs, auf der anderen Seite eine plurale Ordnung, deren Träger territorial begrenzte, selbstverantwortliche Nationalstaaten sind. Für diese Alternative ist die Türkei ein Schlüsselort geschichtlicher Erfahrung. Die Auflösung des Osmanischen Reiches und der territoriale Rückbau der Türkei hat wichtige Fortschritte möglich gemacht. Eine Revision dieses Rückbaus würde die Region in unlösbare Hegemonial-Konflikte stürzen.

Aber wie sieht es eigentlich in Europa aus? Man sollte meinen, hier wäre die Alternative längst entschieden. Die plurale Ordnung auf Basis begrenzter Territorialstaaten hätte definitiv die Oberhand gewonnen. Die Auseinandersetzung mit der Reichs-Ordnung sei erledigt. Die Großraum-Träume seien in Europa ausgeträumt. Aber dem ist nicht so.



Einst wurde der demokratisch haftbare, räumlich begrenzte Nationalstaat als institutionelles Gegengewicht gegen die Macht von Hysterie und Hybris entwickelt. Doch die „Europäischen Union“ unserer Gegenwart will von diesem Vernunftgrund nichts mehr wissen.
(Essay-Serie „Die Staatenwelt im Nahen und Mittleren Osten“, Teil III)

Europas seltsames Ressentiment gegen den Nationalstaat

Gerd Held, 14. Dezember 2023

Im vorhergehenden Teil dieser Artikelserie wurde dargestellt, dass es im Nahen und Mittleren Osten mancherorts Neigungen zu imperialer Großraum-Politik gibt. Und es wurde dargestellt, dass es demgegenüber in Europa eine merkwürdige Hilflosigkeit und sogar Gedankennähe gibt – wenn in den Grenzziehungen nach der Niederlage des Osmanischen Reiches eine europäische „Urschuld“ für die heutigen Krisen in der Region behauptet wird. Man ist auf eine geradezu bizarre Weise unfähig, die Prinzipien der eigenen Staatlichkeit zu verteidigen. Das liegt daran, dass sich die tonangebenden Milieus in vielen Ländern auf einem geschichtlichen Weg wähnen, der Europa vom Nationalstaat wegführt. Man kann den Weg, der in Europa zum Nationalstaat hinführte, gar nicht mehr korrekt in seinem räumlichen Wandel darstellen und den Fortschritt dieses Wandels verstehen. Eigentlich ging es ja um den „Rückbau“ der imperialen Großreiche. Diesen Rückbau zu einer territorialen Kompaktheit, ohne die eine flächendeckende Herrschaft von Recht und Demokratie gar nicht möglich gewesen wäre, haben viele Länder im 19. und 20. Jahrhundert durchmachen müssen. Sie haben ihn auch mental als einen Verlust von „Größe“ ertragen müssen. Denn dieser Verlust hatte zur Konsequenz, dass die Ansprüche der Weltgestaltung zurückgefahren werden mussten.

Aber das ist in unserer Gegenwart schon nicht mehr Stand der Dinge. Es gibt, unter neuen Vorzeichen, eine neue Konjunktur der grenzüberschreitenden Weltgestaltung, der übernationalen Programme und Institutionen. Und Europa ist nicht nur hilflos gegenüber regressiven Tendenzen im Nahen Osten, sondern es ist selber Träger solcher Tendenzen. Das schlägt sich insbesondere in der Entwicklung der Europäischen Union nieder. Sie entwickelt sich immer mehr von einer Allianz souveräner Nationalstaaten zu einem übernationalen Gebilde und Quasi-Staat. Die EU zeigt exemplarisch, wie die gute Verbindung von Nation und zurückhaltender Staatsräson ausgehebelt werden kann.

Wie die guten Nationalgrenzen auf einmal zu bösen Nationalgrenzen wurden

Es gibt eine bemerkenswerte Umwertung, die das Nationale im 20. Jahrhundert erfahren hat. Die Umwertung besteht darin, dass die territoriale Begrenztheit des Nationalstaats nun als Makel angesehen wird, und nicht mehr als Vorzug. Sie gilt nun als Enge und Borniertheit, und nicht mehr als dauerhafte räumliche Sicherung gegen Willkür und imperiale Neigungen. So hat eine Deutung die Oberhand gewonnen, die in der Begrenztheit und Kompaktheit des Nationalstaates nur noch den Nährboden für einen „Nationalismus“ sah, der auf die Herabsetzung anderer Menschen und Länder gerichtet war. Und – es ist kaum zu glauben - auf einmal erschienen übernationale Staatsgebilde als positiver Nährboden für Toleranz und soziales Miteinander. Großräumige Institutionen galten auf einmal im Vergleich zu den „engherzigen“ Nationalstaaten als Fortschritt. Man war bereit, ihnen die Zuständigkeit für alle möglichen, auch existenziellen Aufgaben anzuvertrauen. Die Erkenntnis, dass solche Großräumigkeit schwer demokratisch zu kontrollieren war, und zur Ausbreitung von Rücksichtslosigkeit und Willkür führen konnten, war vergessen. Das ganze Grundmotiv, das in früheren Jahrhunderten Schritt für Schritt zum Niedergang der Imperien geführt hatte und dies zur Signatur der Moderne gemacht hatte, war verschwunden. Oder besser gesagt: Es wurde überlagert und ist heute weitgehend verschüttet.

Über die sogenannten „Großen Ziele“

Das Über-Nationale tritt heute im positiven Gewand von „guten Zielen“ auf – im moralisch aufgehübschten Gewand einer humanitären und ökologischen Weltgestaltung. Diese Ziele sind grenzüberschreitend im Doppelsinn von „Offenheit“ und „Intervention“. Man beschäftigt sich nicht mehr mit dem Aufwand zur Verwirklichung der Ziele, und interessiert sich deshalb auch nicht für die in einem bestimmten Land verfügbaren Aktiva - die Wertschöpfung seiner Betriebe und die Tragfähigkeit seiner Infrastrukturen. Stattdessen spricht man einfach von „Herausforderungen“ und kann dann ohne weiteres zu „globalen Herausforderungen“ hochschalten. Das Wörtchen „Heraus“ und das Wörtchen „Forderungen“ erledigen alles wie von selbst. Die Grenzen des Nationalstaates erscheinen dann nur noch als etwas Hinderliches – und nicht mehr als Grundbedingung für eine redliche Bestimmung des Verhältnisses von Zielen und Mitteln. In den vergangenen Jahrzehnten konnte sich so Schritt für Schritt eine neue Neigung zur Großraum-Politik in der westlichen Welt festsetzen. Eines der sichtbarsten Resultate ist die Europäische Union mit ihrer wuchernden Kompetenz-Aneignung. Im Namen der „guten Ziele“ wurde das Ressentiment gegen alles Nationale zur gängigen Münze in einer – in Wahrheit sehr exklusiven – „europäischen Öffentlichkeit“. Die positive Kraft der institutionellen Dichte und demokratischen Kompaktheit, mit der der moderne Nationalstaat die imperialen Großreiche einst obsolet gemacht hatte, wurde so in ihrem Kern getroffen.

Der nationale Staat als Territorialstaat

Wer diesem Ressentiment gegen den Nationalstaat misstraut und ihm nicht folgen will, muss also die Vernunft-Grundlage des neuzeitlichen Staates rehabilitieren. Die Bedeutung des Territoriums für ein neuzeitliches Staatswesen muss besser verstanden werden. Der neuzeitliche Staat kann und muss nicht das ganze Leben organisieren, aber er muss in einem ganz neuen Umfang tragfähig sein. Er muss technische und soziale Infrastrukturen tragen, die das Land befähigen, Hunger, Unwissenheit, Krankheiten oder Umweltkatastrophen in Schach zu halten. Er muss die Voraussetzungen schaffen, dass Arbeit und Kapital produktiv sein können. Und natürlich: Er muss eine Polizei- und Militärmacht unterhalten, um die Gewalt einzuhegen und die Grenzen zu schützen. Für alle diese „tragenden“ Aufgaben, braucht der Staat eigene Bestände. Er muss „stehender Staat“ sein. Und er muss im ganzen Land flächendeckend präsent sein. Die Mittel dazu muss der Staat immer wieder neu aus der Wertschöpfung des Landes finanzieren können, ohne diese Wertschöpfung zu erschöpfen. Das alles führt dazu, dass die Politik ihre Entscheidungen befristet und korrigierbar treffen muss. Und es führt räumlich dazu, dass ein modernes Land einerseits eine gewisse Ausdehnung haben muss, aber sich auch nicht überdehnen darf, sondern territorial begrenzt sein muss.

Die territoriale Größe und Begrenzung des Staates hängt also mit der Sachdimension der Politik zu tun. Sie ist nicht allein vom Wissen und Willen der Menschen abhängig. Sie muss Bedingungen folgen, die die Menschen sich nicht aussuchen können. Die Souveränität eines modernen Staates ist daher immer ein paradoxes Gebäude: Selbstbehauptung geht nur zusammen mit Selbstanpassung. Deshalb sind territorial begrenzte Nationalstaaten ein Gebot der Vernunft.

Über das Nationale im Nationalstaat

Der Nationalstaat wird hier territorial definiert und damit ein sachlicher Rahmen konstituiert, in dem das politische Handeln bilanzpflichtig und verantwortlich ist. Das Gelingen eines Staates wird nicht an eine bestimmte ethnische („völkische“) Trägerschaft gebunden, auch nicht an die Trägerschaft einer bestimmten sozialen Klasse („Arbeiter- und Bauernstaat“). Solche identitären Definitionen wollen etwas garantieren, was der Staat und die Staatsbürger erst noch erbringen müssen und immer wieder neu erbringen müssen. Der moderne Staat muss sich unter veränderten Bedingungen immer wieder selbst behaupten. Seine Souveränität ist eine Souveränität auf Bewährung. So ist das Nationale im modernen Nationalstaat zugleich konservativ und freiheitlich – und in einem weiten Sinn bürgerlich.

Aber das Nationale darf auch nicht in eine beliebige Allgemeinheit „der Menschen“ aufgelöst werden. Der Staat kann nur verantwortlich sein, wenn seine Staatsbürgerschaft ein bestimmter, begrenzter Personenkreis ist, zu dem es keinen Zugang nach Belieben gibt. Die Verfassung eines Landes ist auch nicht nur eine Liste individueller Grundrechte, sondern die Verfassung eines Gemeinwesens - und als solche der Handlungsfähigkeit dieses Gemeinwesen verpflichtet. Sonst wäre Politik eine bloße „Bürgerbegleitung“. Sie würde in alle Richtungen wuchern, die gemeinsamen Güter und Bestände des Landes vernachlässigen, und am Ende den Staat auflösen. Wir hätten nur noch eine Politik ohne Staat. Und eine Entstaatlichung der Verfassung.

Die postnationale Auflösung des Staates in „Öffentlichkeit“

Es ist in der Politik unserer Gegenwart üblich geworden, bei sachlich umstrittenen Entscheidungen den Satz „Wir haben unsere Politik schlecht kommuniziert“ in die Mikrophone zu sagen. Damit bekundet der Sprechende, dass er sich nicht näher auf das sachlich Kritikwürdige einer Entscheidung einlassen will, sondern hier ein Weiter-So praktizieren will. Aber er will die Dinge besser darstellen. Er will sie in den Rahmen einer besseren Erzählung stellen. In unseren postnationalen Zeiten gibt es eine immens gewachsene Sphäre, in der in diesem Sinne Politik nicht gemacht, sondern „kommuniziert“ wird. In dieser sachfernen Sphäre des Politischen Handelns blühen die „Narrative“. Hier fällt es leicht, mit einer gewissen Willkür, genannt „erzählerische Freiheit“, ein rosiges oder ein böses Bild der Dinge zu malen. Es ist ein Bild, in der die hier geschilderte tägliche Tragaufgabe, die ein Staatswesen erfüllen muss, gar nicht vorkommt. Es ist im Grunde eine Politik ohne Staat, und sie kennt keine territoriale Begrenzung. Sie entzieht sich ständig der Aufgabe, die globalen Ziele ins Verhältnis zu den begrenzten Mitteln des eigenen Landes zu setzen. Sie entzieht sich jeder Bilanz die ja eine nationale Bilanz sein müsste. Für den diffusen Raum, in den sich die Politik hier auflöst, gibt es einen Ausdruck, der eigentlich sehr treffend ist: „Öffentlichkeit“.

Ein neuer Typ von Krisen

Natürlich kann diese Flucht ins Offene nicht unendlich weitergehen. So ist es kein Zufall, dass es in Deutschland an zwei Stellen brennt, an denen der Verzicht auf die Grenzen eines Nationalstaates für unhaltbare Zustände gesorgt hat: Zum einen ist es die Massenmigration, die direkt mit der Öffnung der Territorialgrenzen verbunden ist. Zum anderen ist es die Überschuldung des Staates, die in dreister Verletzung der Grenzen, die von der Verfassung für die Aufstellung des Bundeshaushalts vorgegeben sind, durchgesetzt wurde. Es wäre sich verfrüht, angesichts dieser Krisen nun schon auf eine staatspolitische Wende in Deutschland zu hoffen. Aber immerhin: Wir haben schon einen neuen Typ von Krisen. Die Macht der großen Erzählungen hat ihren Zenit überschritten.

Es geht um Stabilisierung

Damit kommen wir zurück zum Beginn dieser Artikelserie. Sie befasste sich mit einer Situation im Nahen und Mittleren Osten, in der in vielen Ländern wichtige Errungenschaften in Gefahr sind und eine Stabilisierung über eine große Lösung der „Palästina-Frage“ nicht zu erwarten ist. Deshalb muss das Interesse sich eher auf eine Stabilisierung der bestehenden Staatenwelt richten. Und zwar sowohl durch die Verteidigung des Staates Israel, als auch durch Respekt und Anerkennung für die islamischen Staaten der Region. Ist das nicht eine Selbstverständlichkeit? Keineswegs. Die deutsche und europäische Politik (und noch mehr die mediale Öffentlichkeit) war eher damit beschäftigt, die Konflikte in Israel und die Kritik an der Regierung Netanyahu zu vertiefen. Und ebenso war sie damit beschäftigt, alle möglichen Anklagen gegen islamische Staaten zu vertiefen und bereitwillig jedwede Verdächtigungen gegen bestehende Regierungen zu übernehmen. Und ist die deutsche und europäische Politik überhaupt ein glaubwürdiger Verfechter des Nationalstaats, wenn es um Krisenlösungen geht? Nein, sie neigt nach wie vor eher über-nationalen Institutionen und Normen zu. Auf internationaler Bühne ist auch längst aufgefallen, dass die deutsche „Weltpolitik“ einerseits besonders gerne überall den mahnenden Zeigefinger hebt, sich aber nirgendwo die Hände schmut-

zig machen will. Und dass sie auch nur recht teure Produkte und Handelsabkommen anzubieten hat.

Umso wichtiger ist es, sorgfältig und geduldig die Lösungen zu erkunden und zu erörtern, eine nationalstaatliche Vernunft bieten könnte.

(erschieden auf der Internetplattform „Globkult“ im Dezember 2023 und Januar 2024)